

Kreistag
des Schwarzwald-Baar-Kreises
Sitzung am 22.06.2015

Drucksache Nr. 061/2015 öffentlich

Bericht über die Haushaltsentwicklung im Jahr 2014 und im 1. Quartal 2015

Anlagen: 1
Gäste: keine

Sachverhalt:

Es ist seit vielen Jahren üblich, dass die Verwaltung über die Entwicklung des Kreis- haushalts berichtet. Aktuell steht sowohl der Bericht bis zum vierten Quartal 2014 als auch der über das erste Quartal 2015 an. Die Veränderungen gegenüber den Haus- haltsansätzen des Jahres 2014 stellen im Wesentlichen auch die Begründung für das vorläufige Jahresergebnis 2014 dar. Die Jahresabschlussarbeiten sind noch nicht ab- geschlossen, vielmehr handelt es sich bei den heutigen Zahlen nur um eine Prognose zum Jahresergebnis 2014.

A. Bericht über die wichtigsten Haushaltsveränderungen im Jahr 2014 und Prognose zum Jahresergebnis

Die Verwaltung hat dem Kreistag am 14.07.2014 (DS-Nr. 094/2014) über die Haus- haltsentwicklung bis zum zweiten Quartal 2014 berichtet. Seitdem haben sich weitere Veränderungen ergeben. Die wesentlichen Abweichungen sind nachfolgend darge- stellt. Zum Vergleich sind auch die Prognosen nach dem 2. Quartal aufgeführt.

<u>Hauptbudget 1 – Allgemeine Verwaltung und Finanzen</u>	IV. Quartal	II. Quartal
<ul style="list-style-type: none"> Personalausgaben, Gruppe 4 über alle Unterabschnitte <p>Innerhalb des 38,72 Mio. € umfassenden Personalbudgets können voraussichtlich oder 2,8 % eingespart werden. Dazu haben mehrere Faktoren beigetragen. So ergibt sich aufgrund unterjährig nicht besetzter Stellen eine Verbesserung von 510.000 €. Zu Wenigerausgaben von 240.000 € haben</p>	1.060.000 €	-130.000 €

<p>leider mehrere Langzeiterkrankungen geführt. Aufgrund des Versorgungslastenausgleichs bei Beamten, die zum Landkreis gewechselt sind, haben wir Erstattungen von den abgebenden Körperschaften, so dass sich die an den Versorgungsverband zu entrichtenden Umlagezahlung um 330.000 € reduziert. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Personalausgaben dennoch um 1,8 Mio. €, dies bedeutet eine Zunahme um 5,1 %.</p>		
<ul style="list-style-type: none"> • Sachkostenbeiträge, Grp. 1710 bei den Schulen <p>Bei den Beruflichen Schulen sind die Schülerzahlen gegenüber dem Vorjahr über alle Schularten hinweg nahezu konstant geblieben. Der bei der Planerstellung noch prognostizierte Rückgang hat sich damit nicht eingestellt. Die daran gekoppelten Sachkostenbeiträge fallen deshalb um rund höher aus.</p>	<p>240.000 €</p>	<p>200.000 €</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Bewirtschaftungskosten, Grp. 5400 bei den Verwaltungsgebäuden und den Schulen <p>Die milden Wintermonate haben sich positiv bei den Bewirtschaftungskosten - und hier insbesondere bei den Heizkosten - bemerkbar gemacht. Gegenüber dem Ansatz ergibt sich eine Verbesserung von</p>	<p>170.000 €</p>	<p>100.000 €</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Erwerb von beweglichem Vermögen bei den Schulen, Grp. 9350 im Einzelplan 2 <p>Durch die Bildung von Haushaltsresten bei der Grp. 9350 werden den Schulen eingesparte Budgetmittel in das Jahr 2015 übertragen.</p>	<p>-130.000 €</p>	<p>Kein Wert</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Internat der Landesberufsschule, UA 2431 <p>Die Belegungstage im Internat haben in 2014 zugenommen. Die davon abhängigen Gebühreneinnahmen und die Kostenbeiträge des Landes liegen deshalb um 110.000 € über den Planwerten. Zu einer weiteren</p>		

<p>Verbesserung von 220.000 € trägt bei, dass im Jahr 2013 nur 11 in 2014 hingegen 13 Monate bei den Gebühreneinnahmen verbucht wurden. Aufgrund der Einnahmentwicklung können die bei der Gebäudeunterhaltung zu verzeichnenden Mehraufwendungen aufgefangen werden.</p> <p>Per Saldo schließt die kostenrechnende Einrichtung mit einem Überschuss von ab, der dazu verwendet werden sollte, die in den Jahren 2011 bis 2013 beim Internat entstandenen Fehlbeträge nahezu vollständig abzudecken. Abschließend wird hierüber bei der Beratung des Gebührenhaushalts 2016 im Herbst dieses Jahres entschieden.</p>	<p>250.000 €</p>	<p>Kein Wert</p>
<p><u>Hauptbudget 2 – Recht und Ordnung</u></p>		
<ul style="list-style-type: none"> • Buß- und Verwarnungsgelder, HHSt. 1105.0610 <p>Die Bußgeldbehörde verzeichnet Mehreinnahmen von Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf ein Verfahren im gewerblichen Bereich, bei dem ein unrechtmäßig erlangter Vermögenszuwachs von 300.000 € abgeschöpft wurde. Aber auch bei der Geschwindigkeitsüberwachung haben die Fallzahlen und damit die Buß- und Verwarnungsgelder nach der Wiederinbetriebnahme und Ausstattung von zwei Messstellen mit Digitaltechnik deutlich zugenommen.</p>	<p>390.000 €</p>	<p>Kein Wert</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Gebühreneinnahmen des Straßenverkehrsamtes, HHSt. 1110.0610 <p>Nach dem Auslaufen einer Übergangsfrist bei der gewerblichen Güterbeförderung im Herbst 2014 haben zahlreiche Lkw-Fahrer ihre Fahrerlaubnis verlängern und die Fallzahlen im Bereich der Führerscheinabteilung deutlich ansteigen lassen. Die Gebühreneinnahmen des Straßenverkehrsamtes liegen deshalb um rund über dem Haushaltsansatz.</p>	<p>210.000 €</p>	<p>Kein Wert</p>

<ul style="list-style-type: none"> Schülerbeförderung/ÖPNV, UA 7920 Der UA 7920 schließt gegenüber den Planvorgaben mit einer Verschlechterung von ab. Dazu hat vor allem die Kostenentwicklung beim Tarifverbund beigetragen. Nach dem Bezug der neuen Geschäftsstelle und des Kundencenters sowie der Einstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers sind die Verwaltungskosten gegenüber dem Vorjahr um 120.000 € gestiegen. Zudem lag der Ausgleich für Durchtarifierungsverluste um rund 55.000 € über dem Haushaltsansatz. Das zeitlich begrenzte Engagement des Landkreises beim Stadtverkehr Donaueschingen nach dem Wechsel des Linienbetreibers hat mit einem zusätzlichen Nettoaufwand von 53.000 € zu Buche geschlagen. Für das Mobilitätsprojekt „flinc“ hat der Ausschuss für Verwaltung, Wirtschaft und Gesundheit am 29.09.2014 außerplanmäßig Mittel von 43.000 € bereitgestellt (vgl. hierzu DS-Nr. 117/2014). Schließlich mussten für den im Jahr 2014 im Bereich der Gauchach-/Wutachschlucht neu eingeführten „Zweischluchten-Wanderbus“ 29.000 € aufgewendet werden. 	-340.000 €	Kein Wert
<ul style="list-style-type: none"> Investitionskostenumlage an den Zweckverband Ringzug, HHSt. 7920.9821 An den Ringzughaltepunkten hat die Störanfälligkeit der 11 Jahre alten Fahrausweisautomaten zuletzt leider erheblich zugenommen. Zudem hat der Hersteller den Support und die Lieferung von Ersatzteilen Anfang 2014 gekündigt. Aus diesem Grund hat die Verbandsversammlung des Zweckverbands Ringzug beschlossen, einen Teil der Geräte zu ersetzen und die entstehenden Kosten auf die Verbandsmitglieder umzulegen. Auf den Schwarzwald-Baar-Kreis entfallen die der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft am 07.07.2014 außerplanmäßig bewilligt hat (DS-Nr. 082/2014). 	-170.000 €	-170.000 €

Hauptbudget 3 – Soziales		
<ul style="list-style-type: none"> Soziallastenausgleich nach § 21 FAG, HHSt. 4100.1710 Landkreise, deren Sozialhilfenettoausgaben und Nettoausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende den Landkreisdurchschnitt übersteigen, erhalten jährlich Zuweisungen in Höhe von 40 von Hundert des übersteigenden Betrages. Als Bemessungsgrundlage wird der Aufwand des zweitvorangegangenen Jahres zugrunde gelegt. Beim Soziallastenausgleich 2014 wird also der Nettoaufwand des Jahres 2012 herangezogen. Die vom Statistischen Landesamt hierzu angestellten Berechnungen mussten nachträglich korrigiert und der Landkreisdurchschnitt angehoben werden. Dadurch fällt die Differenz zwischen unserem Aufwand und dem Durchschnittswert und damit auch die Kostenerstattung um geringer aus. 	-210.000 €	-200.000 €
<ul style="list-style-type: none"> Hilfe zur Pflege, UA 4110 Im Bereich der stationären Pflege haben die Fallzahlen um knapp 3 % abgenommen. Damit hat sich die bereits in 2013 erkennbare Entwicklung fortgesetzt. Auf der Ausgabenseite summieren sich die Einsparungen dadurch auf 1,13 Mio. €. Auf der Einnahmenseite haben sich weitere, nicht vorhersehbare Verbesserungen von 210.000 € ergeben, so dass die Hilfe zur Pflege insgesamt mit einem Plus von abschließt. Gegenüber dem Jahr 2013 hat sich der Nettoaufwand sogar um 82.000 € oder 1,04 % reduziert. 	1.340.000 €	300.000€
<ul style="list-style-type: none"> Eingliederungshilfe, UA 4120 Auch bei der Eingliederungshilfe haben sich die prognostizierten Fallzahlen nicht in vollem Umfang eingestellt. Die Zuwachsrates bei den kostenintensiven stationären Fällen liegt bei 2,95 %, während wir bei der Planerstellung noch von einem Anstieg von 4-5 % ausgegangen sind. Bei den teilstationären Hilfen bewegen sich die Fallzahlen sogar um 		

<p>4 % unter dem Vorjahresniveau. Demgegenüber konnte der Anteil der ambulanten Hilfen weiter ausgebaut werden. Die oben beschriebene Fallzahlenentwicklung über alle Hilfearten hinweg führt zu Einsparungen von rund 400.000 €. Aufgrund noch nicht abgerechneter Leistungen und erzielter Mehreinnahmen von 360.000 € erhöht sich das Plus bei der Eingliederungshilfe auf</p>	<p>970.000 €</p>	<p>0 €</p>
<p>• Sonstige Hilfeleistungen innerhalb des Abschnitts 41</p> <p>Innerhalb der sonstigen Hilfearten des Abschnitts 41 haben sich Veränderungen ergeben, die mit einer Verschlechterung von zu Buche schlagen. Hierzu haben vor allem die Hilfen zum Lebensunterhalt beigetragen.</p>	<p>-150.000 €</p>	<p>Kein Wert</p>
<p>• Grundsicherung für Arbeitsuchende, UA 4820</p> <p>Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende verzeichnete die Statistik jahresdurchschnittlich 3.912 Bedarfsgemeinschaften (BG). Bei der Kalkulation der Planansätze waren wir noch von einem Mittelwert von 4.100 BGs ausgegangen. Dadurch sind die monatlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung ganzjährig unter der Ansatzkalkulation geblieben. Insgesamt wird der im Haushalt mit 11,19 Mio. € ausgewiesene Nettoaufwand unterschritten. Der Ausschuss für Bildung und Soziales wurde über die Entwicklung bereits am 23.03.2015 informiert (vgl. hierzu DS-Nr. 026/2015).</p>	<p>650.000 €</p>	<p>300.000 €</p>
<p>• Leistungen an Asylbewerber, Abs. 42 Gemeinschaftsunterkünfte, Abs. 43</p> <p>Die vom Landkreis aufzunehmenden Asylbewerber und Kontingentflüchtlinge haben gegenüber dem Vorjahr um mehr als 70 % zugenommen. Damit haben sich die ganzjährig einkalkulierten Zugangszahlen zwar nicht in vollem Umfang eingestellt. Mit Blick auf die gerade zum Jahresende deutlich gestiegenen Flüchtlingszahlen mussten aller-</p>		

<p>dings erhebliche Unterbringungskapazitäten geschaffen und für deren Ertüchtigung und Ausstattung zusätzlich 550.000 € aufgewendet werden. Den bei der Leistungsgewährung und Unterbringung insgesamt entstandenen Aufwendungen von 6,15 Mio. € stehen Kostenpauschalen des Landes und sonstige Erstattungen von 4,62 Mio. € gegenüber. Der im Haushaltsplan mit rund 800.000 € veranschlagte Nettoaufwand wird dadurch um überschritten.</p>	<p>-740.000 €</p>	<p>-100.000 €</p>
<p>Für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen erhält der Landkreis eine Kostenpauschale, die sich an einer durchschnittlichen Verweildauer von 18 Monaten orientiert. Mit dem in 2014 zugegangenen Erstattungsbetrag müssen insofern auch die in 2015 und teilweise in 2016 entstehenden Aufwendungen abgedeckt werden. Um das finanzielle Risiko in den kommenden Jahren zu reduzieren, haben wir den für die Folge Monate angedachten Finanzierungsanteil von in das Jahr 2015 übertragen. Wie hoch der Kostendeckungsgrad sein wird, hängt entscheidend davon ab, ob die Aufenthaltsdauer von 18 Monaten nicht überschritten wird.</p>	<p>-1.090.000 €</p>	<p>Kein Wert</p>
<p>• Jugendhilfe, Abschnitt 45</p> <p>Der Nettoaufwand der Jugendhilfe liegt im Rechnungsjahr 2014 voraussichtlich um über dem Plan. Verantwortlich hierfür sind mehrere Faktoren. So haben sich beim städtischen Jugendamt deutliche Fallzahlen- und damit Kostensteigerungen eingestellt, die bei der Ansatzkalkulation noch nicht erkennbar waren. Allein bei der Heimerziehung beläuft sich die Verschlechterung auf 890.000 €. Im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen wurde auf diese Entwicklung bereits hingewiesen. Beim Landkreis sind Mehraufwendungen vor allem bei der Tagespflege zu verzeichnen. Auch bei den Erstattungen an andere Jugendhilfeträger, die nicht beeinflusst werden können, liegen wir deutlich über den kalku-</p>	<p>-1.830.000 €</p>	<p>-600.000 €</p>

lierten Ansätzen. Schließlich fallen die Landeszuweisungen für die Tagespflege nach § 29 c FAG um 130.000 € geringer aus als einkalkuliert.		
<u>Hauptbudget 4 – Umwelt u. Gesundheit</u>		
<ul style="list-style-type: none"> • Gebühreneinnahmen des Baurechtsamtes, HHSt. 6130.0610 <p>Die Nachfrage nach gewerblichen Hochbauten ist in 2014 deutlich gestiegen. Die Gebühreneinnahmen für die hierfür erteilten Baugenehmigungen liegen um über dem Ansatz von 880.000 €.</p>	270.000 €	100.000 €
<u>Hauptbudget 5 – Ländlicher Raum</u>		
<ul style="list-style-type: none"> • Kreisstraßen, UA 6500 <p>Der Kreisstraßenbereich schließt mit einer Verbesserung von rund 370.000 € ab. Verantwortlich hierfür sind vor allem die geringer ausfallenden Winterdienstkosten sowie höhere GVFG-Zuschüsse für den Ausbau der Ortsdurchfahrten in Blumberg und Schabenhäusern. Die am Jahresende zur Verfügung stehenden Mittel werden vollständig in das Folgejahr übertragen. Damit ist es möglich, die sich beim Neubau der Straßenmeisterei in Hüfingen ergebenden Mehraufwendungen von 165.000 € abzudecken. Eine entsprechende Ermächtigung hat der Ausschuss für Umwelt und Technik der Verwaltung am 16.03.2015, DS-Nr. 020/2015 erteilt.</p>	0 €	150.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Straßenunterhaltung, UA 6520 <p>Aufgrund der milden Witterung zu Jahresbeginn und günstigerer Personalkosten sind die Nettokosten der Gemeinsamen Straßenunterhaltung um rd. 800.000 € oder 17 % niedriger ausgefallen als geplant. Der von Bund und Land entsprechend den Lohnstundenanteilen zu finanzierende Aufwand liegt deshalb um unter den uns hierfür zugegangenen Kostenerstattungen.</p>	170.000 €	Kein Wert
Der Kreistag hat die Verwaltung am		

<p>12.05.2014 beauftragt, das bei der Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen entstandene Defizit von 1,8 Mio. € in den Rechnungsjahren 2013 und 2014 vollständig abzudecken (vgl. DS-Nr. 05/2014). In 2013 konnte hierfür bereits ein Betrag von 607.000 € eingesetzt werden. Der Differenzbetrag von wird mit Hilfe der sich in 2014 ergebenden Verbesserungen ausgeglichen.</p>	<p>-1.200.000 €</p>	<p>Kein Wert</p>
<p><u>Hauptbudget 6 – Allgemeine Finanzen</u></p>		
<p>• Zuweisungen nach § 8 FAG, HHSt. 9000.0411</p> <p>Das Aufkommen aus den Gemeinschaftssteuern des Landes ist in 2014 um 6,0 % gestiegen. Deshalb hat das Land den Kopfbetrag bei den Schlüsselzuweisungen von 587 auf 594 € pro Einwohner erhöht. Zudem liegt die maßgebliche Einwohnerzahl mit 205.714 leicht über der Kalkulationsgrundlage. Bei einer Ausschüttungsquote von 71 % nehmen die Zuweisungen dadurch um 924.000 € zu. Gleichzeitig haben wir für die Vorjahre eine Nachzahlung von 69.000 € erhalten. Insgesamt fallen die Zuweisungen damit um rund höher aus als geplant.</p>	<p>990.000 €</p>	<p>420.000 €</p>
<p>• Grunderwerbsteuer, HHSt.9000.0611</p> <p>Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer liegen um über dem Ansatz von 6,7 Mio. €.</p>	<p>430.000 €</p>	<p>0 €</p>
<p>• Zuweisungen nach § 11 Abs. 5 FAG, HHSt. 9000.0614</p> <p>Bei den Zuweisungen nach § 11 Abs. 5 FAG, mit denen die Kosten der Verwaltungsreform pauschal abgegolten werden, ergibt sich aufgrund eines höheren Ausschüttungsbetrags eine Verbesserung von</p>	<p>50.000 €</p>	<p>50.000 €</p>
<p>• Sonstige kleinere Planabweichungen (saldiert)</p>	<p>620.000 €</p>	<p>200.000 €</p>

Per Saldo ergeben die aufgeführten Änderungen im Gesamthaushalt (Verwaltungs- <u>und</u> Vermögenshaushalt) eine Verbesserung von	<u>1.950.000 €</u>	<u>620.000 €</u>
--	---------------------------	-------------------------

In welchem Umfang noch Haushaltsausgabereste gebildet werden müssen, lässt sich derzeit nicht abschließend sagen. Die Bewertung dieses vorläufigen Ergebnisses erfolgt unter der Stellungnahme der Verwaltung.

B. Bericht über die Haushaltsentwicklung im 1. Quartal 2015

Wir nehmen den Bericht zur Haushaltsentwicklung im ersten Quartal 2015 zum Anlass, dem Kreistag den Haushaltserlass des Regierungspräsidiums Freiburg zum Haushalt 2015 zur Kenntnis zu geben. Er ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

Es ist problematisch, aus den Ergebnissen der ersten vier bis fünf Monate schon Hochrechnungen auf das gesamte Jahr anzustellen oder daraus verlässliche Trends abzuleiten. Dennoch will die Verwaltung dem Kreistag frühzeitig über die aktuellen Entwicklungen bei den großen Einnahme- und Ausgabepositionen des laufenden Haushaltsjahres informieren und dabei auch die bereits jetzt bekannten Planabweichungen ansprechen.

- **Personalausgaben**

Gegenüber der Kalkulation der Personalkostenansätze haben sich bislang keine nennenswerten Veränderungen ergeben.

- **Sachkostenbeiträge der Schulen**

Im Bereich der Beruflichen und der Sonderschulen beabsichtigt das Land, die Sachkostenbeiträge für 2015 deutlich zu erhöhen. Die Pauschalbeträge liegen durchschnittlich um 8,1 % über den im Herbst 2014 bekannt gegebenen Werten. Obwohl die Schülerzahlen leicht unter der Plankalkulation liegen, fallen die Sachkostenbeiträge deshalb um rund 470.000 € höher aus.

- **Soziale Sicherung**

Asylbereich

Seit der deutlichen Zunahme der Flüchtlingszahlen befinden sich Bund, Länder und Kommunen im Gespräch über die Kostentragung. Dabei ist für die kommunale Seite unabdingbar, auch mit Blick auf das Konnexitätsprinzip, dass sie die ihr entstehenden Kosten ersetzt bekommt. Erste Schritte in diese Richtung sind erkennbar. So stellt der Bund in den Jahren 2015 und 2016 unter anderem einen Betrag von jeweils 500 Mio. € bereit, der auch an die Kommunen als Kostenträger weitergegeben werden soll. In welchem Umfang der Schwarzwald-Baar-Kreis davon profitiert, ist allerdings noch nicht absehbar.

Darüber hinaus überlässt der Bund seine Immobilien zur Unterbringung von Asylbewerbern seit 2015 mietzinsfrei. Die für die Objekte Erbsenlachen in Villingen

und Hindenburgring in Donaueschingen einkalkulierten Aufwendungen von rund 370.000 € fallen deshalb nicht an. Inwieweit die Ansätze ausreichen, um die seit Ende 2014 nochmals deutlich angestiegenen Asylbewerberzahlen unterzubringen, bleibt abzuwarten.

Grundsicherung für Arbeitssuchende

Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) entsprechen die monatlichen Aufwendungen von Januar bis März 2015 der Ansatzkalkulation. Ob der mit 10,52 Mio. € ausgewiesene Nettoaufwand eingehalten werden kann, hängt entscheidend davon ab, wie sich die Zahl der leistungsberechtigten Flüchtlinge aus Syrien entwickelt.

Jugendhilfe

Im Bereich der Jugendhilfe bewegt sich der Nettoaufwand 2014 um rund 370.000 € über der neuen Ansatzsumme. In welchem Umfang sich weitere Kostensteigerungen einstellen, bleibt abzuwarten. Allerdings tragen die deutlich angehobenen FAG-Mittel für die Tagespflege zu einer Entlastung von 270.000 € bei. Die Erhöhung selbst ist auf eine veränderte Berechnungsstruktur zurückzuführen.

Übrige Hilfen

Für die übrigen Bereiche der Sozialen Sicherung, bei denen in den ersten Wochen und Monaten eines Jahres noch Abgrenzungsarbeiten zwischen dem abgelaufenen und dem neuen Haushaltsjahr notwendig sind, hoffen wir, im nächsten Zwischenbericht zur Haushaltslage eine erste Prognose abgeben zu können.

• Gemeinsame Straßenunterhaltung

Die für den Winterdienst im Haushalt eingestellten Mittel von 1,5 Mio. € sind zu mehr als zwei Dritteln aufgebraucht. Ausgehend von den Erfahrungswerten der vergangenen Jahre ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt von einer Verschlechterung von etwa 250.000 € für alle drei Straßenkategorien auszugehen.

• Finanzaufweisungen des Landes

Die für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen maßgebliche Einwohnerzahl hat nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes leicht zugenommen, mit 205.557 Einwohnern liegt sie über der Kalkulationsgrundlage. Bei sonst unveränderten Parametern ergeben sich daraus Mehreinnahmen von 130.000 €.

• Grunderwerbsteuer

Das Grunderwerbsteueraufkommen nach den ersten vier Monaten entspricht dem Niveau des Vorjahres. Deshalb gehen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon aus, dass der Haushaltsansatz von 7 Mio. € erreicht werden kann.

• Vermögenshaushalt

Beim Neubau der Straßenmeisterei in Hüfingen ergeben sich voraussichtliche Mehrausgaben von 165.000 €. Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat die Verwaltung deshalb am 16.03.2015 ermächtigt, die zusätzlichen Aufwendungen aus Verbesserungen des Kreisstraßenhaushalts 2014 zu finanzieren. Auf die

DS-Nr. 020/2015 wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

Die übrigen im Vermögenshaushalt veranschlagten Investitionen werden aus heutiger Sicht weitgehend planmäßig realisiert. Der Mittelabfluss im ersten Quartal ist erfahrungsgemäß gering, weil die Ausführung der Investitionen schwerpunktmäßig in den Sommermonaten liegt. Sollten sich Investitionen verzögern, müssen die entsprechenden Mittel nach 2016 übertragen werden und bringen damit keine Verbesserungen im Vermögenshaushalt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zum voraussichtlichen Jahresergebnis 2014

Trotz vieler internationaler Krisen ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark gewachsen wie seit 2011 nicht mehr. Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 1,5 Prozentpunkte und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Die Gemeinschaftssteuern, an denen die Kommunen über den Finanzausgleich partizipieren, haben gegenüber dem Vorjahr sogar um 6 % zugenommen. Auch die Situation am Arbeitsmarkt stellte sich positiv dar. So nahm die Arbeitslosenquote im Landkreis von 3,9 % im Jahr 2013 auf 3,7 % in 2014 ab. Diese Faktoren machen sich im Rechnungsjahr 2014 positiv bemerkbar.

Das Ergebnis des Verwaltungshaushalts fällt mit einer voraussichtlichen Zuführung von 16 Mio. € um rund 2,25 Mio. € besser aus als geplant. Dazu tragen vor allem die stark rückläufigen Ausgaben bei der Hilfe zur Pflege, der Eingliederungshilfe und der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die nicht zu erwartenden Verbesserungen im Personalsektor sowie die höheren Schlüsselzuweisungen bei. Die Verschlechterungen im Asylbereich und bei der Jugendhilfe, die sich auf knapp 2,6 Mio. € saldieren, können vollständig abgedeckt werden. Darüber hinaus ist es möglich, wie vom Kreistag beschlossen, die Fehlbetragsabdeckung bei der Gemeinsamen Straßenunterhaltung aus dem laufenden Jahresergebnis zu realisieren und nicht auf die Rücklage zurückgreifen zu müssen.

Das Regierungspräsidium Freiburg als Rechtsaufsichtsbehörde bestätigt, dass der Schwarzwald-Baar-Kreis mit der Haushaltsplanung 2015 den in den vergangenen Jahren verfolgten Weg einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft fortsetzt. Allerdings sehe der Landkreis nach wie vor davon ab, trotz des positiven wirtschaftlichen Umfelds Finanzierungsreserven für künftig anstehende Investitionen aufzubauen bzw. einen weitergehenden Schuldenabbau zu betreiben. Rücklagen seien, soweit sie die Mindestrücklage überschreiten, nur in beschränktem Maße vorhanden. Bei einem Vergleich der Entwicklung des Zuschussbedarfs für die soziale Sicherung mit den Einnahmen aus der Kreisumlage werde deutlich, dass aufgrund der Struktur der umlagefinanzierten Kreiseinnahmen dem Landkreis kaum finanzielle Spielräume für den Aufbau von Rücklagen zur Verfügung stehen.

Angesichts der Unwägbarkeiten im Asylbereich und der deutlichen Kostensteigerungen bei der Elektrifizierung der Höllentalbahn Ost, wie sie bei der vergangenen Kreistagssitzung bereits vorgestellt wurden, wird von der Verwaltung vorgeschlagen, den

Überschuss von 1,95 Mio. € der Allgemeinen Rücklage zuzuführen. Die Rücklage würde damit einen Bestand von 7,83 Mio. € aufweisen. Hiervon wird zumindest ein Betrag von 2,3 Mio. € für die Mehrkosten bei der Höllentalbahn zweckgebunden. In vergleichbarer Weise wurden für den Neubau des Kreisklinikums Rücklagenmittel angesammelt.

Das endgültige Rechnungsergebnis mit detaillierten Erläuterungen wird wie üblich in der zweiten Jahreshälfte mit dem Rechenschaftsbericht vorgelegt.

Zum ersten Quartal 2015

Nachdem in 2015 gerade fünf Monate vergangen sind, kann naturgemäß noch keine verlässliche Prognose zum Jahresergebnis abgegeben werden. Die wenigen Bereiche, in denen sich zum jetzigen Zeitpunkt nennenswerte Veränderungen abzeichnen, sind die Schulsachkostenbeiträge, die Unterbringungskosten im Asylbereich und die Finanzzuweisungen des Landes (jeweils positiv) sowie die Jugendhilfeaufwendungen und die Gemeinsame Straßenunterhaltung (jeweils negativ). Eine Wertung des ersten Quartals ist schwierig, denn zum finanziell bedeutendsten Block des Kreishaushalts, nämlich der Sozialen Sicherung, kann noch keine Aussage getroffen werden. Die weitere Entwicklung des Haushaltsjahres 2015 bleibt insoweit abzuwarten.

Den Bericht über die Haushaltsentwicklung im Jahr 2014 und im 1. Quartal 2015 hat der Ausschuss für Verwaltung, Wirtschaft und Gesundheit in seiner Sitzung am 11.05.2015 zustimmend zur Kenntnis genommen (DS-Nr. 046/2015). Bei den Ausschussmitgliedern bestand Einigkeit darüber, über die Verwendung des Überschusses erst im Zusammenhang mit der Feststellung der Jahresrechnung 2014 zu entscheiden.

Der Kreistag nimmt den Bericht über die Haushaltsentwicklung im Jahr 2014 und im ersten Quartal 2015 zur Kenntnis.